



NIEDERSACHSEN VORWÄRTS

DEZEMBER 2011/JANUAR 2012 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

25.723 Mitglieder der niedersächsischen SPD haben an der Urwahl unseres Spitzenkandidaten teilgenommen. Über 3.000 ehrenamtliche SPD-Mitglieder haben für einen reibungslosen Ablauf des Mitgliederentscheids gesorgt, in fast 600 Wahllokalen konnten die Genossinnen und Genossen ihre Stimme abgeben. Das sind beeindruckende Zahlen! Das sind Zahlen die belegen, dass es richtig war, euch entscheiden zu lassen. Im Namen des Landesvorstandes bedanke ich mich für euren Einsatz und eure Beteiligung. Jetzt geht es darum, dem gewählten Spitzenkandidaten alle Unterstützung zukommen zu lassen, die für den Wahlsieg und den Politikwechsel in Niedersachsen notwendig sind. Dafür müssen wir die Kräfte bündeln. Das habe ich vor dem Mitgliederentscheid gesagt, und nach dem Mitgliederentscheid gilt das weiterhin. Deshalb habe ich dem Landesvorstand vorgeschlagen, dass wir zügig vorgezogene Vorstandswahlen durchführen, damit Stephan Weil Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen werden kann. Wir brauchen eine SPD, die geschlossen und solidarisch, entschlossen und überzeugend für die SPD und den Spitzenkandidaten kämpft. Stephan Weil kann auf unsere und meine Unterstützung zählen. Ich danke allen, die mich in den letzten Jahren bei meiner Arbeit als Landesvorsitzender unterstützt haben. Die Arbeit mit euch hat mir sehr viel Freude gemacht. Es war eine tolle Zeit für mich.

Euer

Olaf Lies
Landesvorsitzender

DIE ZUKUNFT HEISST WAHLSIEG

Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil wird Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD

Von Lothar Pollähne



Stephan Weil am Wahlabend
vor dem Kurt-Schumacher-
Haus

Foto: Hans-Werner Blume

Das Rennen war kurz, der Wettstreit fair, ... gewonnen hat die SPD. Niedersachsens Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hatten nach sieben Regionalkonferenzen die Wahl. Erstmals in der deutschen Parteiengeschichte gab es eine Urabstimmung über den SPD-Kandidaten für das Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten. Gewonnen hat der »Städter für das platte Land«, wie die Frankfurter Rundschau titelte. Der Kandidat heißt Stephan Weil, ist einer der prominentesten Oberbürgermeister Deutschlands und weiß, wie Wahlkämpfe geführt und gewonnen werden: mit Präsenz und Hinwendung zu den Menschen. Geboren in Hamburg, aufgewachsen in Hannovers Südstadt, weiß Stephan Weil um die Verankerung in kommunalen Gefilden. Der Gang über den Wochenmarkt und das Gespräch mit den Sportvereinen sind für ihn so selbstverständlich wie Verhandlungen mit der amtierenden Landesregierung. Der nächsten will er Anfang 2013 vorstehen.

Am Abend des 27. November war es soweit: knapp 40 Prozent der niedersäch-

sischen Genossinnen und Genossen - eine sehr ordentliche Zahl angesichts der Tatsache, dass eine Briefwahl nicht möglich war - hatten entschieden für Niedersachsen: knapp wie erwartet, aber dennoch deutlich. Stephan Weil konnte 53,3% der Stimmen auf sich vereinigen, der SPD-Landesvorsitzende Olaf Lies 46,1%. Am Tag nach der Urwahl bezeugten sich beide Kandidaten großen Respekt für einen fairen und konstruktiven Wahlkampf. »Ich bin fest überzeugt, dass der nächste niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil heißen wird«, erklärte Olaf Lies am Tag nach der Urwahl und fügte hinzu: »Ich respektiere das Votum der Partei. Von nun an gehen wir gemeinsam voran. Wir sind eine SPD und wir haben entschieden für Niedersachsen.«

Für Stephan Weil dokumentiert die Urwahl vor allem eines: den ausgeprägten Siegeswillen der SPD. »Wir haben während der Regionalkonferenzen eine eindeutige inhaltliche Geschlossenheit demonstriert und damit große öffentliche Wirkung erzielt«, so Stephan Weil.

Fortsetzung auf Seite 2

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL-Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1-4)

Fortsetzung von Seite 1

»Das ist ein deutliches Signal der Genossinnen und Genossen in die Gesellschaft hinein«. Hannovers Oberbürgermeister, der sich, von »praktischer Vernunft« geleitet, selten zu Versprechen hinreißen lässt, versprach für den Wahlsieg im Januar 2013 das »sehr schnelle Ende des Schulstreits«. Aus eigener kommunaler Erfahrung weiß er, was Eltern wollen: ein Schulsystem, das den Elternwillen respektiert: Gesamtschulen ohne Verhinderungsklauseln. »Die Fünfügigkeit muss weg.«

Neben der Bildung sieht Stephan

Weil die Energiepolitik als tragende Säule der niedersächsischen Wirtschaft. Beides braucht einen handlungsfähigen Staat und eine Regierung, die gemeinwohlorientiert arbeitet. Daran mangelt es schwarzgelb von Beginn an. Mit Stephan Weil an der Spitze stellt die SPD in Niedersachsen seit dem 27. November 2011 die Alternative zu einer Politik des gesellschaftlichen Stillstands. Für Olaf Lies, der auf dem vorgezogenen Landesparteitag Anfang 2012 nicht wieder für den Parteivorsitz kandidieren will, hat das Arbeitsprogramm für das kommen-

de Jahr einen probaten Titel: »Die Zukunft heißt Wahlsieg«.

Stephan Weil, der seine Kandidatur für den Landesvorsitz nach dem Verzicht von Olaf Lies angekündigt hat, freut sich auf ein anstrengendes und schönes Wahlkampfjahr: »Ich kämpfe mit Leibeskräften darum, aus Hannovers Rathaus in die Staatskanzlei zu ziehen.« Getragen von einer gestärkten, siegesbewussten SPD ist der neuen Nummer eins der optimale Start in den Wahlkampf gelungen. Nun kommt die Arbeit in den Städten und auf dem platten Land. ■



Kurt-Peter Christophersen ist ein erfahrener Schreiber und Niedersachsen-Kenner. Er wirft regelmäßig einen satirischen Blick auf die Landespolitik.

Der eine ist SPD-Oberbürgermeister von Hannover, der andere war mal Schützenkönig von Bad Bederkesa und amtiert jetzt als CDU-Ministerpräsident in der niedersächsischen Staatskanzlei. Damit sind die Alternativen für die Landtagswahl im Januar 2013 klar: Stephan Weil, der Rathauschef der Landeshauptstadt, will David McAllister, den Landesregierungschef, aus dem Amt drängen. Das mutet auf den ersten Blick an wie ein Wettbewerb zwischen großstädtischer Moderne und provinziellem Landei. So einfach ist das allerdings nicht, denn McAllister kann auch in Städten punkten. Schließlich verbreitet er

als Halbschotte einen leicht internationalen Duft, den der gemeine Niedersachse selbst in Städten wie Oldenburg, Braunschweig oder gar Osnabrück nicht jeden Tag schnuppern kann. Es gibt natürlich böse Menschen, die Schottland nur für eine Provinz in Großbritannien halten.

Da wird englisch gesprochen, was aber nicht mehr lange gut gehen wird. Denn McAllisters Parteifreund Volker Kauder hat schon auf dem CDU-Bundesparteitag Mitte November lauthals verkündet: »Auf einmal wird in Europa Deutsch gesprochen«. Da muss sich der Halbschotte in Hannover aber warm anziehen, wenn er den schwäbelnden Kauder trifft. Von wegen »internationales Flair« und »Mc« im Namen. Zwar ist das, was der Chef der CDU-Bundestagsfraktion für »Deutsch« hält, in Wirklichkeit ein Dialekt aus Tuttlingen. Aber das hindert Kauder nicht daran, kräftig auf diese Mcs und Davids draufzuschlagen. »Nur den eigenen Vorteil suchen und nicht bereit sein, sich einzubringen – das kann nicht die Botschaft sein, die wir den Briten durchgehen lassen«. Da steht der Brite stramm und brüllt »Jawoll«. Wie auch immer der Wahlkampf 2013 in Niedersachsen laufen wird, den Herrn Kauder sollte einer, der David McAllister heißt, sich vom Leibe halten. Aber auch Stephan Weil dürfte vor dem zornigen Mann aus Württemberg keine Gnade finden, nicht nur weil er in der falschen Partei ist, sondern weil das Königshaus Hannover 123 Jahre lang Großbritannien regierte. »Very british« ist bis heute nicht nur das Wetter in Hannover.

Dem Kauder muss die Galle übergelaufen sein, als der Halbrite auf dem gleichen Bundesparteitag, auf dem Kauder seinen antibritischen Frust raus ließ, mit einer Rede »prasselnden Beifall« einheimste, wie eine niedersächsische Zeitung stolz berichtete. Die Delegierten aus Niedersachsen hätten sogar stehend applaudiert. Da kann McAllister über Attacken aus dereigenen schwarz-gelben Koalition nur lachen. Umwelt-

minister Hans-Heinrich Sander sagt mit Blick auf seinen in letzter Zeit politisch sehr beweglichen Ministerpräsidenten: »Jahrelang ist man gegen Mindestlohn, dann plötzlich ist man dafür«. Der Minister hat gut reden. Erstens ist er in der FDP, weshalb ein CDU-Regierungschef ihn nicht einfach rauschmeißen kann, zweitens will er ohnehin im Januar zurücktreten. Vorher gönnt sich der fröhliche Politiker noch eine Reise nach Südafrika, wo er für die richtige Stimmung auf der Weltklima-Konferenz sorgen will. Bundesumweltminister Norbert Röttgen darf sich in Durban über die Unterstützung aus der deutschen Provinz freuen.

Schade, dass Sander bald aus dem Ministerium zieht. Bleibt nur zu hoffen, dass ihm auch ohne Amt noch ein paar Merkwürdigkeiten einfallen. Dabei bietet die ehemalige hannoversche Landesbischöfin und EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann sich als Vorbild an. Sie nutzt ihre freie Zeit und kürt als Mitglied einer Jury den schönsten Sarg, die schönste Urne, den schönsten Grabstein und den schönsten Friedhof Deutschlands. Leider geht Niedersachsen leer aus. Die Preise heimsten Dresden, Rostock, Freiburg und Hamburg ein. ■

Kurt-Peter Christophersen

TONNE-JORK NEUE LANDESVORSITZENDE DER SPD-BILDUNGSPOLITIKER



Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) der SPD Niedersachsen hat auf ihrer Landeskonferenz die stellvertretende Vorsitzende des SPD-Bezirks Hannover Elke Tonne-Jork (Foto) zu ihrer neuen Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurden Peter Befeldt (Weser-Ems), Ulli Leidecker (Braunschweig) und Jutta Liebetruh (Nord-Niedersachsen). Zum Vorstand gehören zusätzlich dreizehn Beisitzer.

Wesentliche Aufgaben der neuen Crew sind die Vorbereitung des SPD-Bildungskongresses im Frühjahr und die Erarbeitung des Wahlprogramms für den Bildungsbereich zur Landtagswahl 2013. Die neue Vorsitzende betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Einbindung der Parteilgliederungen und der Öffentlichkeit. »Bildung ist die Chance für jeden, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern als selbstbewusster Mensch seine Rolle im Leben zu finden. Sie ist zu wichtig, um sie Ideologen zu überlassen. Fachkenntnis, differenzierte Lösungen und verantwortliches Handeln sind gefragt«, fasste sie ihren Arbeitsansatz zusammen. ■

Impressum

Herausgeber:

SPD Niedersachsen

Verantwortlich: Michael Rüter

Redaktion: Remmer Hein,

Christoph Matterné,

Lothar Pollähne,

Sebastian Schumacher

Anschrift: Odeonstraße 15/16,

30159 Hannover

E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de

Layout & Satz: Anette Gilke

mail@AnetteGilke.de

ZWEI KANDIDATEN, SIEBEN KONFERENZEN, 33.000 ZUSCHAUER

Es war kein einfaches Unterfangen: Nachdem Ende September klar war, dass sich für den Mitgliederentscheid der SPD Niedersachsen die beiden Bewerber Olaf Lies und Stephan Weil den Mitgliedern in Regionalkonferenzen vorstellen sollten, mussten diese Vorstellungsrunden organisiert und durchgeführt werden. In der Landesgeschäftsstelle liefen die Telefone heiß, um ansprechende Örtlichkeiten im weiten Niedersachsen ausfindig und fit für das Format zu machen. »Der Einsatz hat sich aber absolut gelohnt«, bilanziert Landesgeschäftsführer Michael Rüter. »Wir haben mit den Regionalkonferenzen rund 33.000 Genossinnen, Genossen und Interessierte erreicht. Damit haben wir eine gute Basis für den Mitgliederentscheid gelegt.« Als Besucher der Veranstaltungen verbuchte der SPD-Landesverband über 3.000 Menschen, mehr 30.000 Zuschauer konnten über den Livestream im Internet erreicht werden. »Weit mehr,



Start der Tour war am 1. November in Lüneburg.

als wir prognostiziert haben. Damit sind wir sehr zufrieden«, so Rüter.

Für alle Konferenzen zwischen der ersten Konferenz in Lüneburg und der Abschlussveranstaltung in Oldenburg gilt, dass sich Olaf Lies und Stephan Weil auf dem Podium einen fairen und respektvollen Wettbewerb geliefert haben. Beide Kontrahenten stellten die eklatanten Versäumnisse von CDU und FDP in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung und präsentierten klare, sozialdemokratische Alternativen für Niedersachsen. Die gute Stimmung zwischen den Bewerbern wurde durchweg auf allen Veranstaltungen vom Publikum aufgenommen und zurückgegeben. Auch bei den Regionalkonferenzen in Hannover und Oldenburg, wo Stephan Weil und Olaf Lies als »Lokalmatadore« aufgetreten sind, haben sich die Genossinnen und Genossen fair und solidarisch gegenüber Beiden verhalten. ■ SchumS

Ein besonderer Dank der SPD Niedersachsen gilt Hans-Werner Blume! Hans-Werner hat alle sieben Regionalkonferenzen als Fotograf begleitet und die Fotos dem vorwärts zur Verfügung gestellt. Eine kleine Auswahl seiner Bilder findet ihr hier.



Am 5. November ging es in Osnabrück weiter.



Zeitig vor Beginn der Regionalkonferenz am 8. November in Göttingen wehten vor der Stadthalle die SPD-Fahnen.



Heimspiel für Stephan Weil am 10. November in Hannover.



Moderatorin Christiane Harthun-Kollbaum zwischen den Bewerbern Stephan Weil und Olaf Lies.

Mehr Impressionen auf der nächsten Seite.

Fortsetzung: Regionalkonferenzen



Volles Haus am 15. November in Braunschweig.



Olaf Lies am 16. November in Osterholz.



Auf der letzten Regionalkonferenz in Oldenburg am 17. November eröffnete Gerd Will die Veranstaltung.

IMPRESSIONEN DER URWAHL



OSTFRIESEN ZÄHLTEN IN AURICH AUS

Viele Mitglieder der ostfriesischen SPD nutzen die Möglichkeit, sich an der Abstimmung zur Wahl des SPD-Spitzenkandidaten für die kommende Landtagswahl zu beteiligen. Zählstelle oder Sammelstelle für die Urnen aus den einzelnen Wahllokalen der ostfriesischen Ortsvereine war das Parteibüro der SPD in Aurich. Auch die Vorsitzende des Bezirks Weser-Ems, Johanne Modder (Bunde, MdL) und ihr Stellvertreter Wiard Siebels (Aurich, MdL) informierten sich vor Ort über aktuelle Ergebnisse und griffen dem Wahlvorstand tatkräftig unter die Arme. Die 52 Urnen aus dem ostfriesischen Bereich mussten, wie überall, zunächst einer Eingangskontrolle (wie hier auf dem Bild zu sehen) unterzogen werden. Aurichs UB-Vorsitzende Hilda Christians, Traute Reuber aus Friedeburg und Hilke Hokema hatten zeitweise eine Menge zu tun, bevor die restlichen Mitglieder des Wahlvorstandes mit dem Zählen beginnen konnten. SPD Regionalgeschäftsstellenleiter Sascha Pickel zeigte sich zufrieden mit dem Ablauf und der Organisation in der Zählstelle Aurich. Bis auf ein paar kleine Nachfragen sei alles gut gelaufen, so Pickel abschließend. V.l.n.r.: Wiard Siebels, Hilda Christians, Johanne Modder, Traute Reuber und Hilke Hokema



MITGLIEDERTREFFEN IM SPD-ORTSVEREIN KIRCHLINTELN

Der SPD-Ortsverein Kirchlinteln nutzte den Mitgliederentscheid der SPD am 27. November, um beim gemeinsamen Adventskaffee die Mitglieder über die Arbeit der neuen Gemeindefraktion zu informieren. Zufrieden zeigte sich Ortsvereinsvorsitzender Hermann Meyer (im Bild sitzend in der Mitte ganz hinten), dass bis 14.30 Uhr bereit 50 Prozent der Mitglieder im Ortsverein Kirchlinteln am Mitgliederentscheid teilgenommen hatten.



MITGLIEDERENTSCHIED IN HILDESHEIM

Der erste Ortsverein gab seine Wahlurne bereits am Sonntag um 11.30 Uhr wieder ab - da waren bereits 100 Prozent Wahlbeteiligung in Kemme erreicht. Woanders ging es um diese Zeit erst richtig los. In Harsum gab es Sekt und Schnittchen (den Alkohol aber erst nach dem Setzen des Kreuzchens), in Hildesheim Jutta Rübkes legendäre Nussecken und in Sarstedt wurde es eng, wenn mehr als sieben Menschen das Büro des Landtagsabgeordneten Markus Brinkmann bevölkerten. In Sarstedt wählten 135 Mitglieder bei 232 Wahlberechtigten, das ergibt eine hervorragende Quote von 58 Prozent Wahlbeteiligung. Hermann Rappe kam mit seiner Tochter Gundel zur Wahl in das Bürgerbüro von Markus Brinkmann. Der frühere Bundestagsabgeordnete und Gewerkschaftsvorsitzende hatte sich im Vorfeld öffentlich zu Weil bekannt. Auch Bürgermeister Karl-Heinz Wondratschek machte bei seiner Stimmabgabe keinen Hehl daraus, dass er bei dem späteren Sieger sein Kreuz gemacht hat. »Für so eine Position braucht man doch eine große Erfahrung und die hat Stephan Weil«. Im Unterbezirksbüro in Hildesheim war das Wahllokal für gleich vier Ortsvereine eingerichtet. Dort saßen immer ein halbes Dutzend Genossinnen und Genossen zusammen und tranken ihren Adventskaffee oder -tee miteinander. Auf vier verschiedenen Strecken wurden die Wahlurnen nach Schließung der Wahllokale nach Salzgitter-Lebenstedt transportiert. Das klappte fast reibungslos, die ersten der insgesamt 47 Wahlurnen waren bereits um 17.20 Uhr in der Zählstelle.

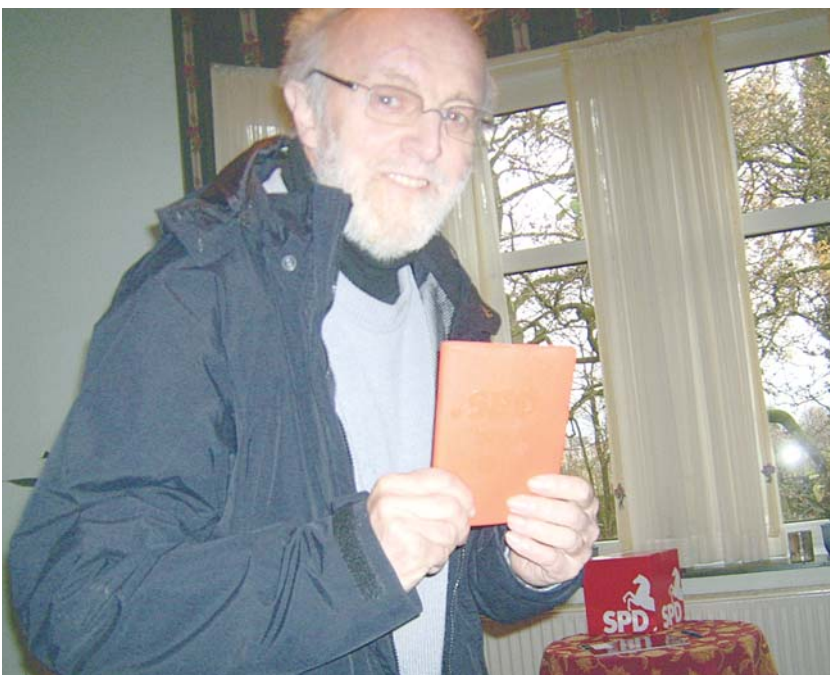
v.l.n.r.: Manfred Furich unterschreibt die Wählerliste bei Markus Brinkmann und Sven Tomis Foto: Birgit Abraham



MITGLIEDERENTSCHIED IN HERMANSBURG

Urwahl in Niedersachsen, Urwahl in den Ortsvereinen und somit Urwahl in Hermannsburg – und das am ersten Advent! Bei anfänglichem Schwanken zwischen »das geht in unserer Gemeinde ja gar nicht – dann ist doch der erste Advent« und »Prima – basisnahe Aktion – Einbeziehung der Mitglieder« stand für uns in Hermannsburg sehr schnell fest: Daraus machen wir etwas.

Wenn auch viele Ortsvereinsmitglieder den ersten Advent zum Anlass nehmen, im Kreise ihrer Familien die ersten vorweihnachtlichen Feste und Treffen zu feiern, wir wollten dazu beitragen, die Urwahl zu einem Erfolg werden zu lassen: Wir veranstalteten einen Brunch für alle Ortsvereinsmitglieder und ihre Begleitungen. Es folgte eine Einladung, der kaum ein Ortsvereinsmitglied widerstehen konnte. Es gab traurige Gesichter bei denjenigen, die an diesem Tag aus den unterschiedlichsten Gründen nicht an der Urwahl teilnehmen konnten. Diese Mitglieder hätten dafür gerne wenigstens eine Briefwahl in Anspruch genommen. Diese Möglichkeit gab es jedoch leider nicht. Bei einem reichhaltigen, liebevoll zubereiteten Brunch-Buffet trafen sich viele Mitglieder der Hermannsburger SPD, um zwischen all den vollen Tellern, Kaffee, Tee und Säften ihre Stimme für ihren Favoriten abzugeben, aber auch, um einfach nur im Kreise Gleichgesinnter noch lange über Allgemeines, Kommunal-, Landes und Bundespolitik zu sprechen. Es war ein Kommen und Gehen. Das Buffet reichte dank seiner Reichhaltigkeit bis zum späten Nachmittag. Einhellige Meinung der Ortsvereinsmitglieder war: Das können wir ruhig öfters mal machen – es muss ja nicht mit einer Urwahl gekoppelt sein! V.l.n.r.: Rita und Peter Buttgerit, Frank Huchler und Lothar Steinborn.



Dieter Knostmann ein SPD-Urgestein und langjähriges Ratsmitglied aus Dissen. Er zeigt das zur Legitimation mitgebrachte Parteibuch, was aber gerade bei ihm als Alt-Genosse nicht verlangt wird.



In Budjadingen empfing ein Weihnachtsengel die Mitglieder, die zur Stimmabgabe kamen.

VW-GESETZ SOLLTE EXPORTSCHLAGER WERDEN

Die Androhung von Strafzahlungen ist absurd

Von Bernd Lange



Foto: Walter Schmidt

Die EU-Kommission will erneut gegen das VW-Gesetz vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) klagen. Damit führt die Kommission ihr eigenes Ziel, die industrielle Basis in Europa stärken zu wollen, ad absurdum: Erst im vergangenen Jahr hatte die EU-Kommission in ihrer Strategie für eine integrierte Industriepolitik angekündigt, langfristige Entwicklungen stärken und den Anteil strategischer Investoren in europäischen Industrieunternehmen ausweiten zu wollen. Mit einer Klage gegen das VW-Gesetz und der unverhältnismäßigen Androhung von Strafzahlungen in Höhe von 46 Millionen Euro erreicht sie genau das Gegenteil.

Damit vollführt die EU-Kommission eine Kehrtwende zurück zu marktradikalen Dogmen. Die Lehren aus der Finanzmarktkrise scheinen wieder unter den Tisch zu fallen. Dabei haben sich Unternehmen mit einer langfristigen Investitionsstrategie und entsprechenden Eigentumsstrukturen in der Krise deutlich besser behauptet als Unternehmen, die zum Spielball kurzfristiger Investoreninteressen wurden.

Auch juristisch ist die erneute Anrufung des EuGHs nicht nachvollziehbar. Denn die Bundesregierung hat nach dem ersten Urteil der obersten EU-Richter aus dem Jahr 2007 das VW-Gesetz entsprechend geändert. Das damals lediglich in Verbindung mit der Sperrminorität für vertragswidrig erklärte Höchststimmrecht ist bereits seit Dezember 2008 aufgehoben. Weiterer Änderungsbedarf ist nicht ersichtlich. Es gibt auch kein EU-Gesellschaftsrecht, das Anlass dafür gäbe. Vielmehr ist eine – wie im VW-Gesetz formulierte – qualifizierte Sperrminorität nach deutschem Aktienrecht ausdrücklich vorgesehen.

Einen Vorteil im Vergleich zu privaten Investoren hatte das Land Niedersachsen auch nicht, da es in den zurückliegenden Jahren seinen 20-prozentigen Anteil am VW-Konzern zu den gleichen Bedingungen am Kapitalmarkt gesichert hat, wie sie für andere Marktteilnehmer auch gelten.

Ich meine das VW-Gesetz sollte zum Exportschlagier werden: Es sollten mehr europäische Aktiengesellschaften Modelle wie das VW-Gesetz in ihre Unternehmensverfassungen einführen, da sie ein wichtiger Baustein für die industrielle Basis in Europa sind. Wir brauchen mehr VW-Gesetze und nicht weniger. Deswegen sollte die EU-Kommission ihre Klage zurückziehen. Jetzt ist es wichtig, dass die EU-Kommission verlässliche Strukturen für alle börsennotierten Unternehmen entwickelt und in ihre Vorschläge für eine gute Unternehmensführung aufnimmt. Die Menschen in Europa müssen wieder Vertrauen in die Gestaltungskraft der EU gewinnen. ■

DAS VW-GESETZ

Das bereits aufgrund von EU-Vorgaben novellierte VW-Gesetz sieht vor, dass Aktionäre mit 20 Prozent Anteil an Volkswagen eine Sperrminorität haben. Das eröffnet dem Land Niedersachsen mit seiner entsprechend hohen Beteiligung ein Vetorecht. Das Gesetz sorgt auch dafür, dass gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat keine Werke verlagert oder geschlossen werden können.

»DURCHBRUCH« MIT DER EU

Existenzgründung für Frauen – ein Projektbesuch

Die von der EU geförderten Projekte »Unternehmerinnen auf Probe« und »Gründerinnen-Consult Hannover« führen in Hannover-Linden das Geschäft

»durchbruch – Design & Leben«. Aus der Idee, kreative Frauen bei der Existenzgründung zu unterstützen, resultiert ein innovatives Ladenkonzept.

Das Besondere: »durchbruch« bietet neben dem theoretischen Handwerkszeug für eine Existenzgründung auch den Praxistest. Im angeschlossenen Laden wird den Unternehmerinnen auf Probe die Möglichkeit geboten, ihr Angebot für einige Wochen zu präsentieren und im direkten Kontakt mit Kunden zu testen. Bei einem Besuch im November konnte sich Bernd Lange von dem vielfältigen Angebot überzeugen: Silberschmuck, von Hand Gewebtes, Kinderkleidung, Skulpturen und das Dienstleistungsangebot Stadttouren & Events. »durchbruch« wird mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds unterstützt und ermöglicht Frauen den (Wieder-)Einstieg in das Erwerbsleben. ■



Bernd Lange im Gespräch mit Ralf Meyer (Geschäftsführer Hannoverimpuls) und Gründerin Daniela Spott de Barrera im Laden »durchbruch«. Foto: Cornelia Klaus

AUSGEZEICHNET

Bereits zum 7. Mal wurde in Brüssel der »MEP-Award« an Europaabgeordnete für besonders herausragende Leistungen verliehen. Bernd Lange erhielt die Auszeichnung für den Bereich »Handel«. Mit dem neuen EU-Vertrag hat das Europäische Parlament in dieser Legislaturperiode zum ersten Mal im Bereich Internationaler Handel Mitentscheidungsrecht bei der Gesetzgebung. 50 Gesetzgebungen hat der Ausschuss bereits verabschiedet (im Vergleich z.B. zum Agrarausschuss mit 23), an mehreren war Bernd Lange aktiv beteiligt.

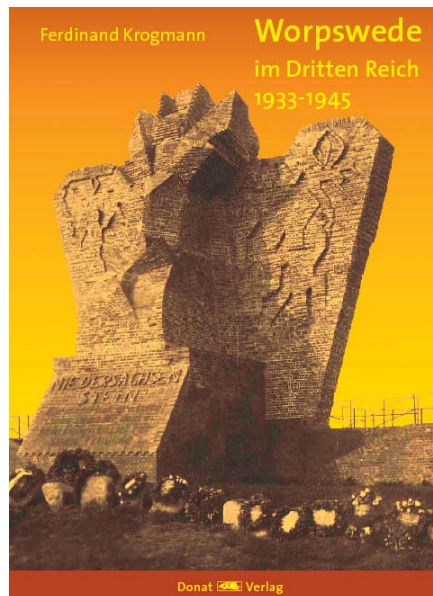


Alle zwei Wochen Aktuelles im Newsletter »Europa-Info«. **HIER ANMELDEN:** www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info

vorwärts KULTURGUT

WORPSWEDES DUNKLE FLECKEN

Worpswede kennt eigentlich jede und jeder. Das ist doch die Künstlerkolonie mit dem Barkenhoff, den der große Jugendstilkünstler Heinrich Vogeler charmant verträumt abbildete. Worpswede ist aber auch jener Ort in der nordniedersächsischen Moorlandschaft vor den Toren Bremens, in dem Fritz Mackensen und Otto Modersohn ihre »Gewebe aus dunklen Farbtönen« auf Leinwänden festhielten. Dass die Nazis solcherlei tümelnde Malerei als »Heimatkunst« zu schätzen wussten, lässt sich Mackensen und Modersohn nicht vorwerfen; dass sie den Nazis willfährig zu Diensten waren dafür umso mehr. Mackensen, NSDAP-Mitglied seit 1937, sah Worpswede ganz im Sinne der braunen Herren »fest verbunden mit Blut und Boden« und trug seinen Teil dazu bei, »damit man in der Welt einmal von dem neuen, dem nationalsozialistischen Worpswede« spricht. Das passt natürlich nicht zur Legende von der unbefleckten Künstlerkolonie oder der Emporstilisierung Worpswedens zum Hort der inneren



Ferdinand Krogmann, Worpswede im Dritten Reich, Donat Verlag, Bremen, 304 S., 19,80 Euro

Emigration oder gar des Widerstands. Wie auch Worpsweder Künstler »freudig und

opferbereit« mithalfen, die Volksgemeinschaft in der Künstlerkolonie zu verankern, hat Ferdinand Krogmann in seinem Buch »Worpswede im Dritten Reich« untersucht, das jetzt im Bremer Donat-Verlag erschienen ist. Krogmann stützt sich dabei auf die Auswertung der »Wümmen-Zeitung« und belegt den geräuschlosen Übergang Worpswedens von der Weimarer Republik zum Nazireich. Wie sehr die Nazis Worpswede schätzten geht aus den Plänen des Propagandaministeriums hervor, den Ort zum Kulturzentrum des gesamten niederdeutschen Raumes und der niederdeutschen Heimatkunst auszubauen. Als der braune Spuk 1945 zu Ende war, wollten viele Worpsweder davon nichts mitbekommen haben, so etwa der vermeintliche »innere Emigrant« Manfred Hausmann, der 1940 in Goebbels Eliteblatt »Das Reich« schrieb: »Es gibt Dich nicht, es gibt nur noch Dein Land./Du bist dem Schicksal durchaus unbekannt./Du bist nicht mehr. Er ist nicht mehr er.« Erinnerung tut also not. ■

VORWÄRTS
RÄTSEL

Vier Namen markieren den Verlauf seiner Karriere. Am 29. Oktober 1960 heißt sein Widerpart Tunney Hunsaker, den er unter seinem Geburtsnamen nach sechs Runden nach Hause schickt. Am 11. Dezember 1981 beendet er nach zehn Runden, nun unter seinem Kampfnamen, seine Laufbahn mit einer Niederlage gegen Trevor Berbick. Die Auseinandersetzung der beiden Männer geht als »Drama in Bahama« in die Geschichte des Faustkampfes ein. Er ist bereits gesundheitlich schwer angeschlagen. Benannt nach einem Kämpfer gegen die Rassentrennung wächst er in Louisville Kentucky auf, wo er mit mäßigem Erfolg die Highschool im Alter von 16 Jahren verlässt. Zwei Jahre später wird er in Rom Olympiasieger. Bald darauf macht er seinen Sport zum Beruf. Am 15. November 1962 beendet er nach Ansage in der vierten Runde die Karriere von Archie Moore. Da ist er nicht nur als Sportler ein Held. Seine verbale Schlagfertigkeit macht ihn weltweit zur Ikone. Als er am 25. Mai 1965 Sonny Liston in der ersten Runde in den Ringstaub schickt, tanzt er für alle Welt herausfordernd im Seilgeviert und brüllt »I am the Greatest«. Er ist wirklich der Größte. Im April 1967 wird seine sportliche Karriere staatsoffiziell unterbrochen, weil er sich weigert, den Kriegsdienst anzutreten. »Kein Vietcong hat mich jemals Nigger genannt«, soll er gesagt haben. 1999 wählt ihn das Internationale Olympische Komitee zum Sportler des 20. Jahrhunderts. Am 17. Januar 2012 wird der Größte 70 Jahre alt. Wie heißt er. Zu gewinnen gibt es seine Biografie. ■ *lopo*

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover
Im Juli war Gustav Noske gesucht.
Gewonnen hat Günther Tidow aus Bad Münder

IM DIALOG MIT JUGENDLICHEN

Jusos im Bezirk Braunschweig erarbeiten regionalpolitisches Grundsatzprogramm

Von Miriam Riedel-Kielhorn, Nadine Hermann und William Labitzke



Daseinsvorsorge im Mittelpunkt: Die Jusos im Bezirk Braunschweig informieren sich über Gesundheitsversorgung vor Ort. Hier mit Dörte Weddige-Degenhard MdL im Klinikum Wolfenbüttel. Foto: privat

»Wie stellt sich die junge Generation eine kommunale- und regionale Politik vor?« Stellt man diese Frage den jungen Menschen in der Region Braunschweig, ist nichts von Politikverdrossenheit zu spüren. Kommunalpolitik ist die Politik vor Ort, die Politik, die wir unmittelbar wahrnehmen und unmittelbar verändern können. Dies hat viele junge Menschen dazu bewegt, in den letzten zwei Jahren mit uns ins Gespräch zu kommen und eine Vision einer besseren Politik bei uns vor Ort zu entwickeln.

Vor zwei Jahren begannen wir, junge Menschen an der Erarbeitung unseres regionalpolitischen Grundsatzprogramms zu beteiligen. Wir wollten wissen, wie die junge Generation sich eine Region Braunschweig vorstellt. Hier wurde schnell klar: Kommunalpolitik ist die Politik vor Ort, die Politik, die wir unmittelbar wahrnehmen. Ideen und Entscheidungen für unsere eigene Stadt zu treffen bedeutet, den eigenen Lebensraum aktiv zu gestalten. Und schnell kristallisierten sich Schwerpunkte heraus: »bessere Beteili-

gung von Jugendlichen«, »Verbesserung des Personennahverkehrs«, »bessere Arbeitsbedingungen« und »bessere Bildung vor Ort«.

Einig waren sich alle über die Wichtigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge, die einen gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang aller Menschen zu den Dienstleistungen ermöglichen muss. Dabei ist die Daseinsvorsorge zentraler Bestandteil einer gerechten Arbeitsmarkt-, Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Was das konkret bedeuten kann, wurde allen Interessierten bei unseren Besuchen vor Ort klar. Beispielsweise konnte beim Besuch des Städtischen Klinikums Wolfenbüttel erfahren werden, wer die Gesundheitsversorgung vor Ort sichert und als Arbeitgeber die Prinzipien der »Guten Arbeit« vor Ort einhält.

Unser Regionalpolitisches Grundsatzprogramm könnt Ihr nachlesen unter www.jusos-bezirk-braunschweig.de. Zahlreiche Jusos aus dem Bezirk Braunschweig haben bei dessen Erarbeitung mitgewirkt. Wir sehen unsere Aufgabe nun darin, diese Ergebnisse in die Partei und in die Öffentlichkeit zu tragen. ■

SPD-ORTSVEREIN NORDEN
EHRTE LANGJÄHRIGE MITGLIEDER

Siebo Lottmann (Mitte) im Kreis der für 25- und 40-jährigen Parteizugehörigkeit Geehrten sowie Julia Feldmann (3.v.l.) und Garrelt Duin (hintere Reihe, 6.v.l.). Foto: privat

Im Rahmen einer Feierstunde ehrte der SPD-Ortsverein Norden seine langjährigen Mitglieder. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Garrelt Duin (Hinte) ließ es sich nicht nehmen, an der Seite der Ortsvereinsvorsitzenden Julia Feldmann die Ehrungen persönlich vorzunehmen.

Festredner Duin erinnerte in seiner Ansprache an die lange Geschichte der Sozialdemokratie und spannte einen Bogen zu den geehrten Mitgliedern und der gesamten Zeit ihrer Mitgliedschaft. Er sprach in seiner Rede über die Meilensteine der vergangenen 60 Jahre. »Es gab nicht immer nur gute Jahre für die SPD, aber gemeinsam haben wir vieles überwunden«, so Duin. Er sprach die sozialdemokratischen Werte Freiheit,

Gleichheit und Gerechtigkeit an, die ihre Gültigkeit nicht verloren hätten. »All dies ist aber nur die Theorie. Wichtig ist, diese Werte auch täglich zu leben«, erklärte Duin. »Auch in schwierigen Zeiten gilt es, die Lebensbedingungen der Menschen zu erhalten oder wenn möglich zu verbessern!«

Auf 60 Jahre Mitgliedschaft in der SPD kann Siebo Lottmann zurückblicken. Die ersten 30 Jahre war der 93jährige Sozialdemokrat in Berlin aktiv. Nach seiner Rückkehr nach Norden stand und steht er nach Feldmanns Worten der örtlichen SPD immer mit Rat und Tat zur Seite. ■ RH

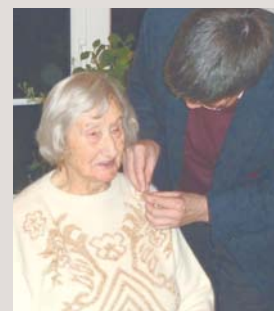
SPD-ORTSVEREIN BURG DORF
EHRT CAMILLA PRÖVE

Foto: Anette Gilke

Nach den Ehrungen für 25- und 40-jährige Parteizugehörigkeit konnte der Ortsverein Burgdorf mit Paul Flocke und Helfried Wurstmacher gleich zwei Mitglieder für ihre 50-jährige Parteizugehörigkeit ehren. Doch erst Camilla Pröve erhielt stehende Ovationen nachdem der Europaabgeordnete Bernd Lange als Ortsvereinsvorsitzender seine Laudatio beendet hatte und sich für ihre 60-jährige Mitgliedschaft in der SPD bei der 91-jährigen mit der Ehrenurkunde bedankte. Die Ehrennadel und ein Präsent des Ortsvereins überreichte der Ortsvereinskassierer Olaf Weinel (Foto). ■ AG